

Riesauer Tageblatt

Verantwortlich:
Tageblatt Riesa,
Ferien Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postfach:
Dresden 1580,
Groschlag:
Riesa Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 189.

Dienstag, 15. August 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Wähe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Demilgiger Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Mit Königsberg ganz Ostpreußen frei! Dem letzten Arbeitswilligen Arbeit vermittelt.

* Königsberg. (Funknachr.) Die Pressestelle des Oberpräsidiums teilt mit:
Vor einer Woche begann die planmäßige Arbeit zur Freimachung Königsbergs von Arbeitslosen. Durch freiwilligen Einlass jedes einzelnen nach den Grundrissen des Erich-Rodig-Planes ist es gelungen, für mehr als 20 000 männliche und weibliche Arbeitswillige Arbeitsgelegenheit zu ermitteln. Der größte Teil ist bereits an der Arbeitsstelle. Auch die übrigen sind bereits angeteilt. Die letzten Trupps früherer Arbeitsloser verlassen Königsberg in den nächsten Tagen.
Eine Aufgabe, die gerade in den letzten Tagen erst angepackt werden konnte, die Unterbringung älterer Frauen, ist ebenfalls gelöst. Für sie gibt es Arbeit, die ihrer Eigenart entspricht und die Möglichkeit zur endgültigen Unterbringung in ländlichen und häuslichen Haushaltungen schafft.
Ostpreußen hat darüber hinaus noch freie Arbeitsplätze. Es denkt jetzt auch an nichtanerkannte Wohlfahrtsberufswesen, die bisher den Arbeitsämtern fern geblieben sind. Auch für diese sind Arbeitsplätze da, um sie in die Volkswirtschaft vollwertig einzugliedern.

Wirtschaften mit Vertrauen!

Schmitts Parole, das Echo der Börse und die Garantien des Aufbaues.

Das Vertrauen ist die Grundlage jeder Wirtschaftsführung. Mangelt es an Vertrauen, werden „Kredite“ anfänglich zurückgehalten — dann tritt jene Schrumpfung der Wirtschaft ein, die wir in den letzten Jahren schauernd miterlebten. Die Wirtschaft folgt gewiß eigenen Gesetzen. Sie ist aber auf Gedeih und Verderb mit dem Staate verbunden. Das Wirtschaft und Staat sind sehr lange fremd gegenüberstanden, das erklärt zu einem guten Teil den Niedergang der deutschen Wirtschaft.
Heute liegt die deutsche Wirtschaftspolitik in starken, festen Händen. Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt, ein wirtschaftlicher Praktiker, hat volles Verständnis für die Notwendigkeit einer geordneten Wirtschaft. Schmitts Wirtschaftspraxis, die er zum ersten Male vor einem weiteren Kreise am vergangenen Sonntag in Köln entwickelte, verdienen höchste Beachtung. Schon deshalb, weil man an dem freundlichen Gesicht der Montagsredner die nachhaltige Wirkung der grundsätzlichen Ausführungen Schmitts ablesen kann.

Die Wiederherstellung des Vertrauens im deutschen Volk — darin sieht Reichswirtschaftsminister Schmitt die Voraussetzung für eine naturgemäße Wirtschaftsbekämpfung. Die Notwendigkeit öffentlicher Arbeitsbeschaffungsprogramme läßt sich nicht bestreiten. Ihnen kommt die Aufgabe der „Zündung“ zu. Aber darüber hinaus müßte die private Wirtschaft, in der Geborgenheit eines starken Staates, selber alles tun, was wirtschaftlich vernünftig ist. Wenige Tage vor seiner Kölner Rede hatte der Reichswirtschaftsminister im „Ueberblick“, einem Einzelhandelsfachblatt, der Erwartung Ausdruck verliehen, daß die deutschen Unternehmer durch vertrauensvolle Disposition den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft fördern. Keine Frage, daß nach den grundsätzlichen Erklärungen des „Wirtschaftsdiagnostikers“ in Köln die Veruhigung der deutschen Wirtschaft rasche Fortschritte machen wird.

Diese Veruhigung wird sich wahrscheinlich auch auf den deutschen Geld- und Kapitalmarkt erstrecken. Hier schwirrt es noch in den letzten Wochen von allen möglichen Gerüchten. Die Neumarktlagen wollen abermals etwas von einer „Avangarischen Herabsetzung des Zinsfußes“ und von ähnlichen Zwangsmarktlagen des Staates wissen. Die Unsicherheit auf dem Geld- und Kapitalmarkt spiegelt sich in dem Schwanken besonders der Rentenkurve. Die beruhigenden Erklärungen des Reichswirtschaftsministers werden jetzt der dauernden Unsicherheit ein Ende gemacht haben. Wenn die deutschen Spar- und kleinen Kapitalbesitzer nichts zu befürchten haben, dann werden sie auch wieder vertrauensvoll Gelder investieren. Dann würden auch die kapitalbedürftigen Unternehmer das Geld wesentlich billiger als bisher erhalten. Voraussetzung einer solchen Entwicklung bleibt aber immer wieder die Wiederherstellung des Vertrauens. Das deutsche Volk soll wissen, daß gerade ein starker Staat der Wirtschaft jeden Schutz gewähren kann.

Vertrauen für die Wiederingangsbahn der deutschen Wirtschaft! Wiederingangsbahn der Wirtschaft um der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit willen! Einmal greift hier ins andere. Ist es ein Zufall, daß an dem gleichen Tage, an dem der Reichswirtschaftsminister in Westdeutschland für eine Veruhigung der Wirtschaft eintrat, auch Stadtschef Köhn vor den Brandenburgerischen SS-Leuten in Berlin für die Sicherung und Erhaltung des „Bestehenden“ Zeugnis ablegte? Nicht nur bei den eigentlichen Fachleuten der Wirtschaft, sondern auch bei den Garanten der deutschen Revolution, bei den SA- und SS-Leuten legt sich in steigendem Maße die Erkenntnis durch, daß die Zeit revolutionärer Hochrechnung vorüber ist. Arbeiten, Erhalten, Aufbauen — so heißt die Aufgabe der Zukunft. Und als Lohn solcher Bemühungen winkt ein großes Ziel: die Beseitigung der deutschen Arbeitslosigkeit.

Süd-Rußland in Aufruhr!

* Stockholm. Unter der Überschrift „Voller Aufruhr in Süd-Rußland — Ukraine und die südlichen Teile Ukrainezentren“ berichtet „Aktionsblatt“:
Die sehr mißliche Anordnung gegenüber den ausländischen Zeitungs-korrespondenten in Moskau, sich innerhalb des Reichsbildes der Hauptstadt aufzuhalten, steht jetzt vor ihrer Auflösung. Es herrscht voller Aufruhr in der Ukraine und den angrenzenden Teilen Südrußlands. Die Arbeiter und die Bauern gehen gegen das Militär vor, das scharf schlägt. Alle Eisenbahnen sind von Militär besetzt worden und die Züge sind mit Soldaten überfüllt, die in die bedrohten Gebiete befördert werden. Alle näheren Nachrichten fehlen zur Zeit noch, aber man behauptet, großen Ereignissen gegenüberzustehen.

In größter Eile werden natürlich von amtlicher Seite in Moskau diese mehr als peinlichen Meldungen als „frei erfunden“ bezeichnet. Was man von dem Dementi einer Regierung zu halten hat, die den ausländischen Korrespondenten sozusagen Stubenarrest auferlegt, um die Wahrheit nicht ans Licht kommen zu lassen, weiß jedes politische Kind.
Es hilft alles nichts mehr, denn es wird immer deutlicher: Wir stehen allgemach vor dem Beginn des Zusammenbruchs des Sowjetstaates. Zwar ist dieser Zusammenbruch schon viele Jahre hindurch in Unkenntnis des asiatischen Charakters des sowjetrussischen Reiches vorausgesagt worden; was aber heute geschieht, ist etwas anderes. Die Frage ist schon heute nicht mehr die, ob Sowjetrußland zusammenbricht, sondern die, wie der Zusammenbruch dieses Systems liquidiert werden soll.

25 Millionen RM. Ausfuhrüberschuß im Juli.

* Berlin. Die Umsätze im deutschen Außenhandel haben sich im Juli kaum geändert. Die Einfuhr betrug 880 Millionen RM. gegen 857 Millionen RM. im Vormonat. Die geringe Zunahme stellt im wesentlichen eine Warenaufstockung dar. Der gewogene Durchschnittswert der Einfuhr, der im Vormonat gestiegen war, hat sich diesmal kaum geändert. Die Ausfuhr hat sich mit 905 Millionen RM. fast genau auf dem Stand des Vormonats gehalten. Mengemäßig ist sie geringfügig höher als im Juni. Diese Zunahme wurde jedoch durch eine kleine Senkung des gewogenen Ausfuhrdurchschnittswerts ausgeglichen. Die Ausfuhrbewegung weicht von der Entwicklung im Durchschnitt der Vorjahre beträchtlich ab. Von 1925 bis 1931 hatte die Ausfuhr im Juli ausnahmslos zugenommen, und zwar leitete diese Steigerung, die durchschnittlich etwa 5 bis 6 v. H. betrug, regelmäßig einen längeren saisonmäßigen Auftrieb ein, der im allgemeinen im Oktober seinen Höhepunkt erreichte. Eine Ausnahme von dieser Regel ergab sich erstmalig 1932. Dies könnte darauf schließen lassen, daß wäh-

rend der letzten Jahre auch in der Saisonbewegung eine gewisse zeitliche Verlagerung herausgehoben worden ist.
Die Handelsbilanz schließt im Juli mit einem Ausfuhrüberschuß von 25 Millionen RM. gegen 28 Millionen RM. im Vormonat ab. Wie bisher ist dabei zu berücksichtigen, daß dem ein Devisenüberschuß in der gleichen Höhe aus dem Warenverkehr nicht gegenübersteht, vielmehr vermindert ist der Devisenüberschuß durch Einfrieren von Ausfuhrforderungen in zahlreichen Ländern, etwaige weitere Entwertung der in Rechnung gestellten Währungen, durch Verwendung von Export- und Realexportsubventionen und ähnliches mehr.
Die geringe Zunahme der Gesamteinfuhr entfällt ausschließlich auf Rohstoffe und Halbwaren. Die Lebensmittelinfuhr hat um 1,8 Millionen RM. abgenommen, während die Fertigwareneinfuhr sich auf Vormonatshöhe hielt. In der Ausfuhr wird eine Zunahme bei Rohstoffen um 1,5 Millionen RM. ungefähr ausgeglichen durch einen Rückgang bei Lebensmitteln und Getränken um 1,7 Millionen RM. und bei Fertigwaren um 1,8 Millionen RM.

Kreuzer „Cöln“ in Schanghai und Tjingtau. Erster deutscher Schiffbesuch in Tjingtau seit 1914.

* Schanghai. Der Aufenthalt des Kreuzers „Cöln“ in den chinesischen Gewässern fand gestern seinen Abschluß, nachdem das Schiff in den letzten Tagen den Häfen von Tjingtau und Schanghai einen in jeder Hinsicht vortrefflichen Besuch abgestattet hat. Ueberall machte die Schiffsbesuchung auf die chinesische und ausländische Bevölkerung den allergrößten Eindruck. Die deutschen Kolonien selber zeigten sich hochinteressiert über diese Gelegenheit, ihre Verbundenheit mit der Heimat zeigen und stärken zu können. Sie taten Erdenkliches, um der Kreuzerbesuchung den Aufenthalt angenehm zu gestalten, was durch den Kreuzer in schönster Weise erwidert wurde. Die chinesischen Behörden, die Bevölkerung und das internationale Publikum begrüßten den Kreuzer auf das herzlichste und veranstalteten Empfänge, Sportkämpfe, Konzerte und schließlich eine internationale Kriegsteilnehmerzusammenkunft. Nirgends machte sich der geringste Mißton bemerkbar.

Der deutsche Gesandte Trautmann, der zur Begrüßung des Kreuzers nach Tjingtau gekommen war, betonte gelegentlich eines von Konial Brackio gegebenen Gartenfestes in einer Ansprache an die deutsche Gemeinde die Notwendigkeit für alle Deutschen in China, sich geschlossen hinter die nationale Bewegung zu stellen. Die vom Konial und von der Kolonie veranstalteten Feste vereinigten mit den Deutschen zahlreiche prominente Chinesen, die in deutschgeprägten Reden diesen ersten Besuch eines deutschen Kriegsschiffes seit dem Jahre 1914 lebhaft begrüßten und in Dankbarkeit und Anerkennung die überall in und um Tjingtau

stehbaren und unanschätzbaren Leistungen Deutschlands hervorhoben.
Der Aufenthalt des Kreuzers in Schanghai löste gleichfalls zahllose Befindungen der gesandten Stellung des Deutschtums bei den Chinesen und dem internationalen Publikum aus. Der stellvertretende Generalkonsul Behrens und die deutsche Gemeinde gaben täglich öffentliche und private Veranstaltungen, für deren Umfang bezeichnend ist, daß ein Gartenfest 1400 Deutsche vereinigte. Kennzeichnend für das große Interesse der internationalen Öffentlichkeit war auch ein Presseempfang von 60 Pressevertretern an Bord des Kreuzers anlässlich des vorgenannten Bordfestes internationaler Kriegsteilnehmer, deren Zahl 150 betrug. Der Eindruck dieser Veranstaltung war, wie Schanghai Times sagt, außerordentlich und zwingend. Den nahezu 3000 Gästen wurde der Film „Deutschland erwacht“ vorgeführt, wobei ein eingeschaltetes Konzert der Bordkapelle mit Fanfarenmärschen großen Jubel auslöste.
Der chinesische Bürgermeister, General Wutchen, betonte bei einem Abschiedsfest für die „Cöln“-Offiziere die guten deutsch-chinesischen Beziehungen, deren Ausbau von China besonders gewünscht werde im Hinblick auf den deutschen Verzicht auf Exterritorialität sowie die Ähnlichkeit der deutschen und chinesischen Lage im Kampf um den nationalen Wiederaufbau, zu welchem China sich die wissenschaftliche und technische Hilfe Deutschlands erhoffe.
Besonders bemerkt wurde allgemein die tadellose Haltung der deutschen Offiziere, Sekundanten und Mannschaften

Riesentorruption in Baden

22 Bürgermeister schwer belastet
In Baden ist eine große Korruptionsaffäre aufgedeckt worden, in die 22 badische Bürgermeister, 2 Verwaltungsdirektoren von Ortsrentenkassen sowie der nach Frankreich geflüchtete Marxist Klumpp und 2 Verwaltungsbeamte der badischen Versicherungsanstalt für Gemeinde- und Körperlichkeitsbeamte verwickelt sind. Es handelt sich um große Un-

terechlungen sowie um zu Unrecht kassierte Beträge für Heilverfahren, die in die Jekhtausende gehen. Der insgesamt von den 22 badischen Bürgermeistern zu Unrecht kassierte Betrag beläuft sich mindestens auf 64 000 RM. Bei der genannten Versicherungsgesellschaft sind außerdem große Grundschulden gemacht worden, von denen sich eine Anzahl der Beteiligten ebenfalls große Beträge zukommen ließen.